

Langzeitarbeitslose in Deutschland ohne Perspektiven – Andere EU-Länder sind erfolgreicher

Die Situation der Langzeitarbeitslosen in Deutschland kann man mit Fug und Recht als dramatisch bezeichnen. 1,7 Millionen Menschen waren im April 2006 ein Jahr und länger arbeitslos. 750.000 arbeitslose ALG II Empfänger (ca. 35%) waren in den letzten sechs Jahren ohne sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Betrachtet man die Zusammensetzung der Gruppe der Langzeitarbeitslosen genauer, so handelt es sich vor allem um ältere Arbeitnehmer, Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen und geringer beruflicher Qualifikation. Treffen mehrere dieser Merkmale zusammen oder wer das Pech hat in einer „falschen“ Region zu wohnen, z.B. fast auf dem gesamten Gebiet der ehemaligen DDR, aber auch in Ostfriesland oder bestimmten Ruhrgebietsstädten, ist die Chance, jemals wieder in den Arbeitsmarkt zu kommen, momentan fast gleich Null. Denn die Politik scheint, im Gegensatz zu fast allen Experten, die sich mit dem Thema beschäftigen, nicht gewillt, nach geeigneten Lösungen zu suchen. Diese Lösung kann nur in einer wirklichen Förderung der Langzeitarbeitslosen und vor allem, bei über 5 Millionen Arbeitslosen, in der Schaffung eines Bereiches öffentlich finanzierten Beschäftigung liegen (vgl. http://www.axeltroost.de/article/356.oeffentlichen_beschaeftigungssektor_dauerhaft_einrichten.html . Die Linksfraktion im Bundestag (siehe Artikel 1 und 2 dieser Serie http://www.axeltroost.de/article/409.troost_linksfraktion_fordert_ausweitung_des_dritten_arbeitsmarkts.html) hat in ihrem Antrag vom 5.9.2006. vorgerechnet, dass dies nicht nur gesellschaftlich sinnvoll sondern noch nicht einmal viel teurer ist, als die Langzeitarbeitslosen nach den Hartz IV -Gesetzen zu alimentieren.

Politik und Bundesagentur für Arbeit verschärfen das Problem

Die Bundesregierung hat die Probleme der Langzeitarbeitslosen noch verschärft. Die Anlaufprobleme bei Hartz IV führten dazu, dass drei Mrd. Euro nicht, wie geplant, für die Eingliederung Langzeitarbeitsloser eingesetzt werden konnten. In diesem Jahr wurden 1,1 Mrd. Euro Eingliederungsmittel durch eine Haushaltssperre blockiert.

Die Vermittlungspolitik der Bundesagentur für Arbeit macht die Situation für Langzeitarbeitslose nicht einfacher. Damit soll ausdrücklich nicht gesagt werden, dass sich die VermittlerInnen bei der BA nicht um die Langzeitarbeitslosen bemühen. Es sind die Rahmenbedingungen, die ihre Arbeit erschweren. An den fehlenden Arbeitsplätzen können sie wenig ändern. Hinzu kommt, dass das neu eingeführte „Kundenmodell“ der Bundesagentur für Arbeit die Langzeitarbeitslosen benachteiligt. Das von Unternehmensberatern konzipierte, betriebswirtschaftlich orientierte Konzept hört sich erst einmal gut an. Kunden werden in der Regel umworben und freundlichst bedient. Die BA unterscheidet aber verschiedene Arten von Kunden. Die sogenannten „Marktkunden“, die sich durch Marktnähe auszeichnen, d.h. sie sind jung, gesund und haben eine gute Ausbildung, und können besser vermittelt werden, erhalten eine besondere Förderung.

Die sog. Beratungskunden bekommen hingegen nur eingeschränkte Hilfen. Ältere und Langzeitarbeitslose bleiben dabei meist auf der Strecke. SWR-Chefreporter Thomas Leif, der einen Film über die Bundesagentur für Arbeit gedreht hat, kommt zu der Auffassung, dass diese Gruppe nur als Kunden geführt werden, aber keine Kunden geworden sind. Eine Forschergruppe, die die BA unter die Lupe genommen habe, komme zu dem gleichen Ergebnis: *Faktisch werden Betreuungskunden, für die noch im Bericht der Hartz-Kommission die intensivste Unterstützung vorgesehen war, in Nicht-Beratungskunden verwandelt.*“

Um es noch einmal zu wiederholen, es soll hier keine Schelte an den Beschäftigten der BA vorgenommen werden. Sie können die Rahmenbedingungen ihrer Arbeit schwerlich ändern. Auch in der Bundesagentur für Arbeit gibt es Experten, die die Probleme erkennen und sich für eine, wie auch immer geartete, öffentlich finanzierte Beschäftigung aussprechen.

Langzeitarbeitslosigkeit in anderen Ländern geringer

In Deutschland waren im Jahr 2005 mehr als die Hälfte - 53,0% - der Arbeitslosen länger als ein Jahr auf der Suche nach Arbeit, also Langzeitarbeitslose. Ähnlich hohe Quoten gibt es z.B. in Griechenland (52,2%) oder in der tschechischen Republik (53,0%). Damit belegt Deutschland in Europa einen Spitzenplatz. In Spanien, Großbritannien und vor allem in den skandinavischen Ländern sieht die Quote viel besser aus. Nur 14,7 der schwedischen und 23,4% der dänischen Arbeitslosen waren länger als ein Jahr arbeitslos.

Es ist also die Frage zu stellen, warum das so ist. Zuerst muss festgestellt werden, dass der neoliberale Irrsinn in Skandinavien (noch)¹ nicht so verbreitet ist. Dies hat zur Folge, dass die Arbeitslosigkeit wesentlich geringer und die Binnenkaufkraft wesentlich höher sind als in Deutschland. Dies lässt sich durch einige exemplarische Zahlen belegen: Das Durchschnittseinkommen eines Arbeitnehmers betrug im Jahre 2004 in Dänemark 37.985 und in Schweden 36.281 Euro, in Deutschland lag es bei 29.511 Euro. Als die dänischen Fleischkonzerne Tulip und Danish Crown Arbeitsplätze nach Deutschland verlagerten, legte der zuständige Gewerkschaftschef Jens Peter Bostrup in einem TV-Streitgespräch mit Regierungschef Anders Fogh Rasmussen vor den Parlamentswahlen dar, was er für die wichtigsten Ursachen hält: „Es herrschen Wildwestzustände in Deutschland, und sie zahlen dort Hungerlöhne. Die Staatsquote (mit Sozialversicherung) als Anteil am Bruttoinlandsprodukt lag 2003 in Schweden bei 50,8%, in Dänemark bei 49,0% in Deutschland dagegen nur bei 36,2%. Der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer liegt in Schweden bei 56% in Deutschland hingegen bei 42%. Kein Wunder, dass die öffentlichen Kassen in den beiden skandinavischen Ländern gefüllt sind und der Staat mehr Handlungsspielraum hat. Im Jahr 2005 weist der Staatshaushalt von Dänemark ein Plus von 8,3 Mrd. Euro aus.

¹ Die angekündigten „Reformen“ der neuen, konservativen schwedischen Regierung verheißen allerdings nichts Gutes

Sehen wir uns einige Länder genauer an, um beantworten zu können, warum die Quote der Langzeitarbeitslosen dort geringer als in Deutschland ist.

Dänemark

Dass nördlich von Flensburg alles anders ist, wurde zu einem geflügelten Wort zahlreicher Pressekommentare in Bezug auf Arbeitslosigkeit und wirtschaftliches Wachstum. Die geringe Quote von Langzeitarbeitslosen ist dort das Resultat verschiedener Faktoren. Dänemark ist eins der Vorzeigeländer der sogenannten aktivierenden Arbeitsmarktpolitik mit ihrem Slogan „Fördern und Fordern“. In der Theorie bedeutet dies, dass Arbeitslose eine Menge Unterstützung bekommen, gleichzeitig aber auch zur Aktivität verpflichtet sind, an sog. Aktivierungsmaßnahmen teilnehmen müssen und Stellengebote kaum ausschlagen können. An dieser Arbeitsmarktpolitik ist einiges kritikwürdig, vor allem der Zwang und die Sanktionen, darauf machen die dänischen Erwerbslosenorganisationen aufmerksam. Die dänische Rechtsregierung plant aktuell soziale Einschnitte. Gegen diese „Sozialreformen“ demonstrierten, von der europäischen Presse relativ unbeachtet, im Mai 2006 140.000 Menschen in unserem Nachbarland.

Eine der Hauptvoraussetzungen zur Reduzierung der Quote der Langzeitarbeitslosen in Dänemark ist sicherlich die gute Konjunktur. Das dänische Parlament diskutiert weniger darüber, wie Schulden abgebaut, sondern wie die hohen Einnahmen verteilt werden können. In einigen Bereichen herrscht Arbeitskräftemangel.

Ein weiterer Faktor ist, dass es in Dänemark eine große Gruppe von Menschen gibt, die im Vorruhestand leben. Die 1979 eingeführte Altersrente für Personen ab 60 Jahren (efterlon) wird von 5,2% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Anspruch genommen. Hinzu kommen 1,73% Bezieher von Erwerbsunfähigkeitsrente. Neoliberale Zeitungsredakteure sprechen angesichts solcher Zahlen von sozialer Hängematte. Deshalb sei hier festgestellt, dass für viele Berufe, die starke körperliche und/oder psychische Beanspruchung mit sich bringen, wie Bauberufe, Pflegeberuf, Jobs in der Eisen- und Stahlindustrie u.v.a. eine Rente ab 60 Jahren durchaus zu empfehlen ist.

Während man in Deutschland über die Rente mit 67 diskutiert, sind ältere Menschen nach einem langen Arbeitsleben in Dänemark sozialstaatlich gut versorgt. Da viele Langzeitarbeitslose ältere Menschen sind, ist eine hohe Quote von Vorruhestandlern ein Grund für die niedrige Rate von Langzeitarbeitslosen. Aber es erklärt nicht allein das Phänomen.

Die Arbeitsvermittlung verdient in Dänemark mehr diesen Namen als in Deutschland. In Dänemark ist sie regionalisiert. In 14 Regionen organisieren Arbeitsmarkträte, in denen paritätisch Arbeitgeber, Gewerkschaften und Gemeinden vertreten sind, die Arbeitsvermittlung. Mit den Arbeitslosen werden individuelle Handlungspläne erstellt. Neben der direkten Arbeitsvermittlung, der viel mehr offene Stellen zur Verfügung stehen, bieten die dänischen „Arbeitsämter“ eine Reihe von anderen Maßnahmen an. Es gibt Subventionen für Arbeitgeber, die schwer vermittelbare Arbeitslose und Behinderte einstellen. An Ausbildungs- und Trainingsmaßnahmen nahmen 2004 24.299 Personen (Gesamtzahl der Arbeitslosen ca. 176.000) teil. Für Menschen mit eingeschränkter Arbeits-

fähigkeit gibt es geschützte Beschäftigung, sogenannte Flexjobs. Die Arbeitgeber erhalten eine Subvention in Höhe von 2/3 des gesetzlichen Mindestlohns. 2004 nahmen 29.990 Menschen an dieser Maßnahme des zweiten Arbeitsmarktes teil. Andere schwer vermittelbare Arbeitslose erhalten eine individuelle Ausbildung am Arbeitsplatz, meistens in Betrieben des öffentlichen Sektors. Wer dieses Programm des Förderns und Forderns nicht mitmacht, bekommt allerdings die Kehrseite zu spüren: Leistungssperren. Dänische Erwerbsloseninitiativen kritisieren die sog. Aktivierungsmaßnahmen der dänischen Arbeitsmarktpolitik. Wer in der sog. Aktivlinie ist (alle unter 30 Jahren müssen innerhalb eines Jahres an einer Maßnahme teilnehmen, alle über 30 nach einem Jahr Arbeitslosigkeit) arbeitet für Null-Euro, d.h. für das Arbeitslosengeld in teilweise stumpfsinnigen Jobs.

Schweden

Für den Monat September 2006 konnte Radio Schweden eine weitere Erfolgsmeldung über den Äther senden, nur 4,2% der erwerbstätigen Bevölkerung waren arbeitslos, die Quote lag unter dem September 2005. Vor allem was die Langzeitarbeitslosigkeit betrifft ist der Unterschied zu Deutschland enorm. Die Schweden erreichen gerade mal ein Drittel des Prozentwertes der Deutschen im Bezug auf den Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit an der Gesamtarbeitslosigkeit.

Arbeitslose erhalten 80% des letzten Bruttoeinkommens für 300-600 Tage, danach Arbeitslosenhilfe in Höhe eines Pauschalsatzes von ca. 34 Euro pro Tag für ebenfalls 300-600 Tage.

Auch in Schweden gibt es eine größere Gruppe der Bevölkerung, die andere Sozialleistungen als Arbeitslosengeld bezieht. In Schweden gibt es einen hohen Anteil von Menschen, die Erwerbsunfähigkeitsrente und Krankengeld (ohne zeitliche Begrenzung) beziehen; es waren 2004 9,4% der erwerbsfähigen Bevölkerung. Besonders hoch ist die Rate mit 11,2% bei den Frauen. Sowohl mit Erwerbsunfähigkeitsrente als auch mit Krankengeld erwirbt man in Schweden Rentenansprüche. Der Beschäftigungsquote tat der hohen Anzahl der Kranken und Erwerbsunfähigen keinen Abbruch, sie lag 2004 in Schweden mit 73,5% um 8 Prozentpunkte über der deutschen.

Auch in Schweden gibt es eine zielgerichtete Politik für Problemgruppen des Arbeitsmarktes. Hier dominieren Lohnkostenzuschüsse für Langzeitarbeitslose und Erwerbsgeminderte. Wer Langzeitarbeitslose beschäftigt, kann staatliche Subventionen bis zu 100% erhalten. Für Erwerbsgeminderte gibt es im privaten Bereich mehr als 50.000 geförderte Arbeitsplätze. Dies sind doppelt so viele Beschäftigungsverhältnisse wie bei der staatseigenen Gesellschaft Samhall.

Im Jahre 2000 wurde für Langzeitarbeitslose die sogenannte Aktivitätsgarantie eingeführt. Fallmanager arbeiten mit den Langzeitarbeitslosen individuelle Aktionspläne aus. Diese werden von den Arbeitslosen unterschiedlich angenommen, es gibt allerdings wenig Sanktionen bei mangelhafter Teilnahme an diesem Programm. Wer einen Arbeitsplatz angeboten bekommt, muss auch bereit sein, umzuziehen. Das besondere an der Aktivitätsgarantie ist eine intensive Hilfe bei der Jobsuche, erhöhtes Monitoring und

die unbegrenzte Dauer des Programms. Während der ganzen Programmdauer erhalten die TeilnehmerInnen Leistungen in Höhe des Arbeitslosengelds.

Niederlande

Auch die Niederlande sehen im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland wirtschaftlich nicht schlecht aus. Die Konjunkturforscher des Centraal Plaanbureau sagen in ihrer Prognose vom Juni 2006 ein Wirtschaftswachstum von 3,0% voraus. Im Juli 2006 wiesen die Niederlande die niedrigste Arbeitslosenquote der Eurozone aus.² Aber wie so oft, ist auch hier der Statistik zu misstrauen. Die Niederlande weisen mit ca. 44% die höchste Quote von Teilzeit-Arbeitsplätzen (vor allem von Frauen) der Eurozone aus. Inhaber von Teilzeitarbeitsplätzen gelten nicht als arbeitslos. Man muss aber auch sagen, dass Teilzeitarbeit in den Niederlanden auf größere Akzeptanz als in anderen Ländern stößt.

In den Niederlanden gibt es eine große Gruppe von Menschen, die BeziehlerInnen von Erwerbsunfähigkeitsrenten sind. Im Jahre 2004 waren dies 8,8% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Im Vergleich hierzu erhielten 2,8% Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung und 3,1% Sozialhilfe. Die hohe Zahl der EmpfängerInnen von Erwerbsunfähigkeitsrenten hat etwas mit der Definition von Erwerbsunfähigkeit zutun. In den Niederlanden gilt als völlig oder teilweise erwerbsunfähig, wer infolge von Krankheit oder Behinderung nicht mehr imstande ist, das zu verdienen, was gesunde ArbeitnehmerInnen mit ähnlicher Ausbildung und gleichwertigen Fähigkeiten normalerweise verdienen würden. Diese liberalere Auffassung wird von interessierten Kreisen als „holländische Krankheit“ bezeichnet.

In Deutschland gilt als erwerbslos, wer nicht in der Lage ist, mehr als 3 Stunden täglich oder 17 Stunden in der Woche zu arbeiten. Diese Regelung ist im Gegensatz zur niederländischen nicht besonders arbeitnehmerInnenfreundlich.

Die Quote von Langzeitarbeitslosen ist in den Niederlanden nicht so niedrig wie in Dänemark oder Schweden, liegt mit 40,2% aber immer noch deutlich unter der Deutschlands. In den Niederlanden existiert ein differenziertes System der Arbeitsvermittlung. Die staatlichen Zentren für Arbeit und Einkommen (CWI) betreuen nur die sog. „Marktkunden“, d.h. BeziehlerInnen von Arbeitslosengeld und Erwerbsunfähigkeitsunterstützung (Die hohen Kosten für die Erwerbsunfähigkeitsunterstützung führten in den Niederlanden zu einem Prozess der Verschärfung der Zugangsbedingungen und dem Versuch BeziehlerInnen von Erwerbsunfähigkeitsrente wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren). Die direkte Vermittlung von Arbeitslosen hingegen wurde privatisiert (Kliq und Randstadt). Für die Vermittlung von SozialhilfeempfängerInnen sind die Kommunen zuständig. Im Rahmen des „Work First“ oder „Arbeit vor Sozialleistungen“ genannten Programms sind erwerbsfähige SozialhilfeempfängerInnen nebst ihren Ehepartnern verpflichtet, an Aktivierungsmaßnahmen der Kommunen teilzunehmen. Was als Reintegration in den Arbeitsmarkt tituliert wird, ist oftmals die Übernahme kommunaler Tätigkeiten durch BeziehlerInnen von Sozialhilfe. Da praktisch jede Arbeit zumutbar ist,

² lt. Eurostat, saisonbereinigte Arbeitslosenquote der Niederlande 3,9%

drohen bei Ablehnung Sanktionen. Seit 1996 erhielten 5% aller SozialhilfeempfängerInnen jährlich Sanktionen in Höhe von 20% für 1-2 Monate.

Allerdings gibt es in den Niederlanden auch positivere Integrationsangebote. Für arbeitsfähige Behinderte existiert ein spezielles Gesetz³, das ihnen subventionierte Arbeitsverträge für mindestens zwei Jahre zusichert. Im Jahre 2004 existierten 98.310 solcher Arbeitsplätze. Für Langzeitarbeitslose wurden spezielle subventionierte Arbeitsstellen geschaffen (ID-baan): im Jahr 2004 existierten 36.2006 solcher Arbeitsplätze. Weiterhin gibt es ein kleineres Reintegrationsangebot für weniger qualifizierte Langzeitarbeitslose in Reinigungsbetrieben. Dort können Arbeitgeber bis zu 4 Jahre lang einen Lohnkostenzuschuss bei Abschluss eines Arbeitsvertrages erhalten.

In den Niederlanden wird diskutiert, die Arbeitspflicht für schwer vermittelbare SozialhilfeempfängerInnen aufzuheben und stattdessen landesweit 100.000 sog. Investitionsjobs zu schaffen. Arbeitgeber sollten 50% Lohnkostenzuschüsse erhalten, verpflichten sich aber auf der Gegenseite dazu reguläre Arbeitsverträge zu unterzeichnen und Qualifizierungsmaßnahmen zu schaffen.

Großbritannien

In Großbritannien ist zwischen 1994 und 2004 ein Beschäftigungsanstieg von 2,9 Prozentpunkten zu verzeichnen. In Deutschland hingegen fiel die Beschäftigung im gleichen Zeitraum um 1,26 Millionen Vollzeit-Stellen (=3,3%). Die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien sank zwischen 1997 und 2004 von 1,62 Millionen auf 0,86 Millionen. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Anzahl der Gesamtarbeitslosen lag 2005 bei 21,1%.

Dies bedeutet allerdings nicht, dass es nicht noch weitere Menschen gibt, die keine Arbeit haben. Es gibt eine große Gruppe der Bevölkerung, die nicht erwerbstätig aber nicht arbeitslos gemeldet ist.

6,5% der Bevölkerung (rd. 2,6 Millionen Menschen) erhalten sog. Incapacity Benefits (Erwerbsunfähigkeitsrente). Rund 4 Millionen Menschen erhalten im Vereinigten Königreich Incapacity Benefits (IB) und Sozialhilfe (Income Support). Der Druck auf den Arbeitsmarkt wird auch dadurch gemildert, dass Frauen und Staatsbedienstete in Großbritannien mit 60 Jahren in Rente gehen können.

Großbritannien hat große Erfolge in der Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit zu verzeichnen. Die sog. New Deal-Programme für jugendliche Arbeitslose und Langzeitarbeitslose weisen ein intensives Fallmanagement und eine durchschnittliche Betreuungsrelation von 1:40 auf. Die TeilnehmerInnen durchlaufen in 26 Wochen verschiedene Phasen aus Beratung, subventionierter Beschäftigung und Trainingsmaßnahmen, Praktika oder Übergang in die Selbständigkeit. Haben sie danach immer noch keine Arbeit gefunden, so stehen an ausgewählten Standorten (step up) zeitlich befristete Jobs für 12 Monate zur Verfügung. Die Langzeitarbeitslosigkeit ist zwischen 1997 und 2004 um 18,3% reduziert worden. Bei den Jugendlichen sank sie sogar von 47,9 Pro-

³ WSW – Gesetz für geschützte Beschäftigung

zent auf 10,3 Prozent. Auch andere Daten können sich sehen lassen. Die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer stieg zwischen 1997 und 2005 um sechs Prozent, für Menschen mit Behinderungen um sieben Prozent und für Alleinerziehende um 11 Prozent. Für alle diese Gruppen gab es spezielle Programme: „New Deal 50+“, „New Deal for Disabled People“ und „New Deal for Lone Parents“ (alle auf freiwilliger Basis). Wenig erfolgreich waren diese Programme allerdings bei gering qualifizierten ArbeitnehmerInnen. Hier muss allerdings auch von anderen Voraussetzungen ausgegangen werden. Der Anteil von gering Qualifizierten an der britischen Bevölkerung ist sehr hoch. Ein Viertel der erwachsenen Bevölkerung sind quasi funktionale Analphabeten und ein Drittel der 25-34 jährigen hat keine oder nur geringe formale Qualifikationen.

Resümee

Betrachtet man die Situation in den vier untersuchten Länder genauer, so kann festgestellt werden, dass die geringere Quote von Langzeitarbeitslosen durch eine Mischung aus vor allem drei Faktoren erzeugt wird. Bevor wir uns diesen Faktoren zuwenden sei aber auch noch einmal herausgestellt, dass es natürlich auch Landesspezifika gibt. Dänemark kann seine Erdölvorkommen in der Nordsee zur Finanzierung des Staatshaushalts einsetzen, Großbritannien hat eine sehr hohe Quote von Analphabeten usw. In der Öffentlichkeit werden oft einzelne Aspekte eines Landes besonders hervorgehoben, weil es in das eigene ideologische Muster passt. So argumentieren Neoliberale, dass das dänische Jobwunder vor allem auf den fast völlig fehlenden Kündigungsschutz zurückzuführen sei. Abgesehen davon, dass nicht der mangelnde Kündigungsschutz sondern vor allem wirtschaftliche Prosperität für den Abbau der Arbeitslosigkeit verantwortlich ist, vergessen sie dabei geflissentlich zu erwähnen, dass Arbeitslose in Dänemark eine Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 90% ihrer vorherigen Einkünfte bis zu einer Maximaldauer von vier Jahren erhalten, eine Kündigung also nicht die gleichen desaströsen Folgen wie in Deutschland hat.

Wird von den nationalen Spezifika abgesehen, kann festgehalten werden, dass vor allem folgende Faktoren zusammenwirken:

1. Die konjunkturelle Situation ist günstig. In Dänemark, den Niederlanden und Schweden herrscht in einigen Berufen sogar Arbeitskräftemangel. Nicht wenige deutsche Arbeitslose arbeiten bereits in den Niederlanden und Dänemark. Der Binnenmarkt spielt eine größere Rolle als in Deutschland, dessen (geringe) Wachstumsraten vor allem durch seine Rolle als „Exportweltmeister“ erzeugt werden.
2. In Dänemark, Schweden, den Niederlanden und Großbritannien erhalten größere Gruppen von Menschen andere sozialstaatliche Leistungen und zählen deshalb nicht als Arbeitslose. In Dänemark ist es die hohe Quote von VorruheständlerInnen, in den Niederlanden ist es die hohe Anzahl der BezieherInnen von Erwerbsunfähigkeitsrenten. Meistens handelt es sich um ältere oder kranke Menschen, die größere Schwierigkeiten hätten, wenn sie sich auf dem Arbeitsmarkt um eine Stelle bewerben müssten. Auch wenn die großzügigere Vergabe von Sozialleistungen von neoliberaler Seite denunziert wird (und in einigen Fällen – z.B. in vom Strukturwandel betroffenen Regionen Großbritanniens, in denen die Quote der Bezieher von IB besonders hoch ist – auch dazu dien-

te, Arbeitslosigkeit abzumildern) so ist festzustellen, dass diese seit Jahrzehnten gängige Praxis so lange kein Problem war, wie die Arbeitslosigkeit gering und die Konjunkturdaten gut waren. Wer allerdings ein Renteneintrittsalter von 67 Jahren für normal hält, wird über 60-jährige RentnerInnen in Dänemark sicherlich den Kopf schütteln.

3. Die Arbeitsvermittlung ist effektiver als in Deutschland und es existieren mehr Spezialprogramme für Langzeitarbeitslose. Langzeitarbeitslosigkeit ist wirklich als Problem erkannt und man konzentriert sich auf diese Gruppe. In Deutschland findet angesichts der Arbeitsplatzsituation eine Konzentration auf die „marktnahen“ Gruppen der Arbeitslosen statt. Es ist ein Skandal, dass Milliarden Euro für die Eingliederung Langzeitarbeitsloser ungenutzt blieben. Allerdings sind die Formen der Arbeitsvermittlung in den genannten Ländern auch kritisch zu sehen. Die Slogans wie „Fördern und Fordern“ und „Work first“ der von der EU vorgegebenen aktivierenden Arbeitsmarktpolitik hören sich gut an; in der Praxis sind sie aber oft mit Zwang verbunden. Es soll also hier nicht dem Einsatz von dänischen Arbeitslosen für Null-Euro Zuzahlung in der sogenannten Aktivlinie das Wort geredet werden oder dem kommunalen Arbeitszwang für SozialhilfeempfängerInnen in den Niederlanden. Der Umzug einer arbeitslosen Buchhalterin aus Stockholm an den Polarkreis kann auch nicht der Weisheit letzter Schluss sein.

Die Zielsetzung der sogenannten Lissabon-Strategie der Europäischen Kommission, bis zum Jahre 2010 eine Beschäftigungsquote von 70% zu erreichen (Frauen 60%, ältere ArbeitnehmerInnen 50%), ist sicherlich zu begrüßen. Allerdings ist die aktivierende Arbeitsmarktpolitik, die dies erreichen soll, wie bereits erwähnt, kritisch zu betrachten. Gegen Fördern und auch gegen Fordern von Menschen, die oft jahrelang nicht mehr gearbeitet haben, ist nichts einzuwenden, gegen bestimmte Sanktions- und Zwangsmaßnahmen schon. Eine wirkliche Arbeitsmarktpolitik, die passive in aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen verwandelt, wie von der EU gefordert, ist allerdings dringend vonnöten. Ein deutlicher Ausbau von öffentlich geförderter Beschäftigung, wie von der Linksfraction gefordert, ist bei der strukturellen Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland, die zudem noch stark regional festgemacht werden kann, sicherlich in diesem Sinne eine gute Maßnahme. Denn wie heißt es in einem Bericht des Forschungsinstituts der Bundesagentur für Arbeit IAB: *„Zielgruppe Langzeitarbeitslose: Bis 31.12.2005 keine spezifischen Maßnahmen für Langzeitarbeitslose“*⁴

⁴ IAB-Forschungsbericht 15/2006